

ANFRAGE von Rudolf Ackeret (SVP, Bassersdorf) und Hans Rutschmann
(SVP, Rafz)

betreffend Arbeitsvergebungen an das einheimische Gewerbe

Gestützt auf GATT/WTO-Übereinkommen, Binnenmarktgesetz und Interkantonales Konkordat ist das Submissionsrecht im Sinne eines umfassenderen Wettbewerbes zu liberalisieren.

Mit der Liberalisierung wird die besondere Berücksichtigung des einheimischen Gewerbes in Frage gestellt. Wie aber diesbezüglich eine vom Gewerbeverband in Auftrag gegebene Studie belegt, ergeben sich für die Gemeinwesen bei der Berücksichtigung einheimischer Bewerber massgebliche finanzielle und sonstige Vorteile. Zu denken ist insbesondere an vermehrte Steuereinnahmen, örtliche Arbeitsplätze, kürzere Transport- und Arbeitswege sowie vereinfachte Nachbearbeitungen.

Wir fragen deshalb den Regierungsrat:

1. Wie kann den erwähnten Erkenntnissen zugunsten von Gemeinwesen und Gewerbe Rechnung getragen werden?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die angekündigte Muster-Submissionsverordnung für die Gemeinden in diesem Sinne auszugestalten?
3. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die in der Studie namhaft gemachten Vorteile für die Gemeinden nutzbar zu machen?

Rudolf Ackeret
Hans Rutschmann